

„EU-Umweltstandards eins zu eins umsetzen“

Interviews mit den umweltpolitischen Sprechern der Fraktionen

NRW nimmt beim Umweltschutz eine Vorreiterrolle ein. Willy Brandts Traum vom „blauen Himmel über der Ruhr“ ist in den vergangenen Jahrzehnten wahr geworden. Auch die Gewässerqualität verdient heute wieder das Prädikat „gut“. Zweifellos ein Erfolg. NRW befindet sich also beim Thema Umweltschutz auf dem richtigen Weg? Darüber sprach Landtag intern mit den umweltpolitischen Sprechern des Düsseldorfer Landtags: Dr. Bernhard Kasperek (SPD), Hans Peter Lindlar (CDU), Holger Ellerbrock (FDP) und Johannes Remmel (GRÜNE).

Das Ökosystem Rhein gesundet, der Lachs kehrt zurück. Kann sich die Politik angesichts des Erfolgs zurücklehnen oder gibt es noch einiges zu tun?

Dr. Kasperek: Die Rückkehr des Lachses in den Rhein ist Resultat unserer seit langem betriebenen nachhaltigen Wasserschutzpolitik. Wir dürfen uns auf unseren Erfolgen aber nicht ausruhen, sondern müssen diese dauerhaft sichern und ausbauen. Dazu verpflichtet uns auch die neue EU-Wasser-



Dr. Bernhard Kasperek (SPD)

rahmenrichtlinie.

Wir werden daher in den nächsten Jahren Schritt für Schritt im Gewässerschutz weitergehen, um im Rhein und den anderen Flüssen in unserem Lande einen guten ökologischen Zustand bzw. ein gutes ökologisches Potenzial herzustellen. Das liegt nicht zuletzt auch im Interesse eines wirkungsvollen Hochwasserschutzes.

Lindlar: Allein mit der erzielten Verbesserung der Gewässerqualität ist der EU-Wasserrahmenrichtlinie nicht Genüge getan. Neben dem biologischen und chemischen Wasserzustand spielt auch das morphologische Erscheinungsbild der Gewässer künftig eine große Rolle. Das Umweltministerium hat eine Bestandsaufnahme durchführen lassen und stuft im Ergebnis 95 Prozent aller NRW-Flüsse als verbesserungswürdig ein. Diese völlig überzogene Bewertung hat bereits

heftigste Reaktionen von Unternehmen und Kommunen hervorgerufen und wird zu erbitterten Diskussionen über die Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie führen, weil hier neue erhebliche Kosten für Bürger und Kommunen und vor allem auch für die Anlieger drohen. Zudem haben wir den Eindruck, dass damit ein Wust an Bürokratie auf die kommunalen Wasserbehörden und die Wasserwirtschaft zukommt. Von Zurücklehnen kann also keine Rede sein.

Ellerbrock: Es gibt sicherlich noch einiges zu tun. Wir sollten aber auch die bisherigen Erfolge nach außen hin darstellen. Wir haben eine wesentliche Verbesserung der Gewässerqualität erreicht. Heute haben wir die Möglichkeit, im Rhein zu schwimmen. Noch vor 15 Jahren wäre das undenkbar gewesen. Jetzt stellt sich die Frage: Ist es sinnvoll, in diesem Bereich in NRW noch kostenträchtig aufzusatteln oder lassen sich die Mittel nicht an anderer Stelle effizienter einsetzen? Wie viele Nordsee-Anrainer haben wir, die lange nicht die hohe Gewässerqualität des Rheins vorweisen können? Wenn wir das Ökosystem Nordsee stärken wollen – und das wollen wir –, dann müssen wir bei anderen Gewässern in die Qualitätsverbesserung investieren.

Remmel: Dass wir uns nicht zurücklehnen können, ergibt sich schon aus den Vorgaben der EU, die EU-Wasserrahmenrichtlinie



Hans Peter Lindlar (CDU)

umzusetzen. Die EU legt neue Maßstäbe im Wasserrecht fest, indem sie von dem natürlichen Zustand der Gewässer ausgeht. Sie hat die Länder zu einer Bestandsaufnahme aufgefordert und das passiert derzeit in NRW. Dabei wurde festgestellt, dass die meisten Gewässer in NRW von ihrem natürlichen Urzustand weit entfernt sind. Es wird also nicht nur die biologisch-chemische Gewässerqualität unter die Lupe genommen – darauf haben wir bislang das Hauptaugenmerk gerichtet –, sondern auch die morphologische Struktur, das Ökosystem Wasser sowie das Verhältnis von Gewässerkörper und Umgebung. Und dieser umfassende Ansatz wird für die Politik und die Verwaltung in den nächsten zehn bis 15 Jahren eine sehr wichtige Aufgabe sein.

Herkömmliche und alternative Energiegewinnung im Widerstreit – ist NRW da auf dem richtigen Weg?

Dr. Kasperek: Es gibt keinen Widerspruch zwischen herkömmlicher und alternativer Energiegewinnung. Der von anderen Parteien konstruierte Widerspruch ist politische Steinzeit. Die Politik Nordrhein-Westfalens ist vielmehr beispielhaft für eine verbraucherfreundliche, wirtschaftliche und zukunftsweisende Verbindung der verschiedenen Energieformen. Mit der Braunkohle und Steinkohle verfügen wir über Energieträger, die dauerhaft der Sicherung unseres Energiebedarfs dienen werden und zugleich Grundstein für die Entwicklung innovativer Kraftwerkstechnologien bilden. So werden in NRW Kraftwerke entwickelt und gebaut, deren Wirkungsgrade internationale Topplatzierungen erreichen. Zugleich ist für NRW klar: Erneuerbare Energien sind ein fester und stetig wachsender Teil im künftigen Energiemix. Biomasse, Windkraft, Photovoltaik und Geothermik werden eine zunehmend größere Rolle in der Energieversorgung Nordrhein-Westfalens und weltweit spielen. Auch mit Blick auf die Exportmärkte hat sich das Land die Aufgabe gestellt, erneuerbare Energien technologisch und wirtschaftlich voranzubringen.



Lindlar: Richtig ist, dass wir einen Energiemix brauchen. Allerdings ist die Gewichtung der einzelnen Bestandteile umstritten. Die Vorstellungen der CDU-Fraktion richten sich einerseits auf einen schnelleren Abbau der Steinkohlenutzung. Zum anderen kritisieren wir die einseitige Überbetonung der Windenergie unter den erneuerbaren Energien. Hier bedarf es dringend einer neuen Gewichtung, damit auch andere regenerative Energien besser ausgebaut und gefördert werden. Darüber hinaus stehen wir mit Nachdruck hinter der Nutzung der Braunkohle, weil sie in mehrfacher Hinsicht eine wirtschaftliche Komponente ist. So bietet sie indirekt die Chance für NRW, innovative Technologien in Form von wesentlich effizienteren Kraftwerken zu entwickeln und zu exportieren. Gleichzeitig könnte damit eine erhebliche Einsparung beim Kohlendioxid ausstoß erreicht werden.

Ellerbrock: Nein. NRW ist auf dem Holzweg, wenn wir im Bereich der fossilen Energieträger weiterhin auf die heimische Steinkohle setzen. Das Argument Energiesicherheit zieht nicht. Schließlich kommen bei uns lediglich drei Prozent der Stromversorgung aus der heimischen Steinkohle. Ich sage ja zur Importkohle, ja zur Braunkohle aber nein zur heimischen Steinkohle. Ja sage ich auch zur Öffnung der Kernkraft, weil es eine Zukunftstechnik ist. Stichwort alternative Energien – in meinen Augen eine falsche Bezeichnung. Denn selbst wenn die Technologie in diesem Bereich so weit fortgeschritten sollte, dass wir im Jahre 2020 vielleicht 25 Prozent unseres Energiebedarfs hierüber decken könnten, wäre doch „additive Energie“ die treffendere Bezeichnung. Die FDP sagt eindeutig ja zur Entwicklung, Forschung und gegebenenfalls zur Anschubfinanzierung. Dauersubventionen, egal ob bei Windkraft oder bei Kohle, darf es jedoch nicht geben. Windkraft ist eine Ideologie, deren Nutzen hierzulande in keinem Verhältnis zu den immensen Kosten und zur Belastung von Mensch und Landschaft steht. Im Verhältnis zur Windkraft ist ja selbst die Steinkohlesubvention hoch effizient.



Holger Ellerbrock (FDP)

Remmel: Wir sind in NRW auf dem Weg zu einem Energiemix, bei dem regenerative Energien einen immer größeren Stellenwert einnehmen müssen. Insofern haben wir eine richtige Perspektive. Dabei haben wir nicht nur NRW, sondern auch die Exportchancen aufgrund der Friedensperspektive „Weg vom Öl“ im Auge. Uns ist klar, welche Möglichkeiten der weltweite Einsatz erneuerbarer Energien auch hierzulande für die wirtschaftliche Stabilität und Weiterentwicklung bieten. Dabei verzichten wir nicht auf die traditionellen Energieträger und deren Effizienz steigende Weiterentwicklung, wobei wir im Bezug auf die Steinkohle eine klare Perspektive haben, die um das Jahr 2015 endet. Ich möchte an dieser Stelle jedoch nochmals betonen, dass der Vorstoß der Oppositionsfractionen – insbesondere der FDP –, aus vorgeschobenen Klimaschutz Gesichtspunkten künftig stärker auf Atomkraft zu setzen, eine politische Groteske erster Güte ist.



Johannes Remmel (GRÜNE)

Fotos: Schälte

Die EU gibt immer mehr Standards im Umweltschutz vor. Werden die in NRW zeitnah umgesetzt oder durch Befrachtung übererfüllt?

Dr. Kasperek: Eine zeitnahe Umsetzung von EU-Umweltstandards ist wichtig. Bei uns – aber auch in allen anderen Staaten. Die Standards dürfen aber nicht nur Theorie bleiben. Sie müssen vollzugsgerecht sein und von Betroffenen angenommen werden. Daher ist es unverzichtbar, die Umsetzung in einem transparenten Prozess mit allen Beteiligten abzustimmen. Nur so ist ein praxis- und vollzugsgerechter Einbau in unser bisheriges Schutzsystem möglich. Mit dem Düsseldorfer Signal haben wir nochmals sichergestellt, dass die EU-Standards eins zu eins umgesetzt werden, also ohne Verschärfungen, und so, dass Wettbewerbsverzerrungen gegenüber anderen Regionen vermieden werden.

Lindlar: Die EU-Umweltvorgaben werden bei uns ganz klar überreguliert. Etwa 80 Prozent der Landes-Gesetzgebung im Umweltbereich dienen allein der Umsetzung von EU-Richtlinien. Statt einer angemessenen 1:1-Umsetzung packt das NRW-Umweltministerium jeweils eine Fülle von zusätzlicher Bürokratie und weitergehenden inhaltlichen Forderungen auf die EU-Vorgaben drauf. Umweltministerin Höhn misstraut Bürgern und Wirtschaft und gängelt sie lieber durch Vorschriften. Diese Regelungswut lähmt zusätzlich die Arbeit des Umweltministeriums; so ist aktuell das Landeswassergesetz zur Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie schon längst überfällig.

Ellerbrock: EU-Umweltvorgaben eins zu eins umsetzen ist unser Motto. In NRW haben wir in der Vergangenheit leider gerne Sonderwege beschritten. Wir haben uns das bislang auch leisten können, weil wir in NRW einen hohen Lebensstandard haben. Doch jetzt, wo das Geld knapp wird, müssen wir uns fragen: Können wir uns das noch leisten und welchen ökologischen Mehrwert erzielen wir durch solche Wettbewerbsverzerrungen solcher Orchideenspiele? Nachhaltigkeit heißt eben nicht nur ökologisch verantwortbar, sondern auch sozial tragbar und wirtschaftlich machbar.

Remmel: Das ist eine Chimäre, die in der Diskussion mit der Opposition immer wieder auftaucht. Dahinter steckt die Annahme, die Bundesrepublik bzw. NRW seien „Umwelt-Weltmeister“. Diese Annahme ist grundfalsch. Wir sind in manchen Bereichen des Umweltschutzes zweifellos gut, in manchen Bereichen sind andere Nationalstaaten jedoch sehr viel besser. Stichwort Ausweisung von Naturschutzgebieten. Im Übrigen ist die Umweltwirtschaft ein Wachstumsmarkt. Hohe Standards schaffen Investitionssicherheit, bieten große Chancen für den Wettbewerb und befördern Innovationen.

Die Interviews führten Jürgen Knepper und Axel Bäumer.